

Laibacher Zeitung.

Nr. 138.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50

Mittwoch, 19. Juni

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; fernj. pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedw. 30 kr.

1872.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 8. Juni d. J. dem Minister des kaiserlichen Hauses und des Aeußern Grafen Julius Andrássy allergnädigst zu gestatten geruht, das ihm von Sr. Majestät dem Könige von Portugal verliehene Großkreuz des Thurm- und Schwert-Ordens annehmen und tragen zu dürfen.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 8. Juni d. J. allergnädigst zu bewilligen geruht, daß der k. und k. Botschafter und derzeitige Vicepräsident des Herrenhauses des Reichsrathes Graf Ferdinand Trauttmansdorff das Großkreuz des päpstlichen Pins-Ordens; der k. und k. außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Graf Gustav Kálnoky das Großkreuz des päpstlichen St.-Gregor-Ordens; der Hof- und Ministerialrath im gemeinsamen Ministerium des kaiserlichen Hauses und des Aeußern Johann v. Haglinger-Hassingen das Commandeurkreuz des königlich portugiesischen Ordens von Villa Vicosa; der Sectionsrath desselben Ministeriums Wilhelm Freiherr v. Konradshelm das Commandeurkreuz, die Hof- und Ministerialconcipisten Dr. Wilhelm Mittag und Joseph Alfatti Ritter v. Monte Tretto das Ritterkreuz des königlich portugiesischen Christus-Ordens annehmen und tragen dürfen.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 12. Juni d. J. den k. k. Hofzahlamtsofficialen Theodor Schner zum überzähligen Hofzahlamtsassessor allergnädigst zu ernennen geruht.

Am 17. Juni 1872 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XXXII. Stück des Reichsgesetzblattes — vorläufig bloß in der deutschen, italienischen und kroatischen Ausgabe — ausgegeben und versendet.

Daselbe enthält unter Nr. 79 das Gesetz vom 20. März 1872, betreffend die Erneuerung von Hypothekenscriptions, sowie die Anmeldung und Umgestaltung von Hypothekenschriften in Dalmatien. (Wk. Ztg. Nr. 136 vom 16. Juni.)

Nichtamtlicher Theil.

Zur Lage.

Ueber die allgemeine Lage unserer inneren Verhältnisse schreibt das „Fremdenblatt“: „Es läßt sich nicht verkennen, daß während des zweiten Abschnittes der Reichsrathssession die politische Lage eine wesentliche Besserung erfahren hat. Die Gegner des verfassungstreuen Systems müssen mit Ingrimm constatiren, daß es immer mehr Terrain gewinnt und daß ihre eigene Kraft, es zu erschüttern, beinahe bis zur Ohnmacht herabgesunken ist. Es will nun einmal gar kein Agitationsmittel mehr verfangen, es ist, als ob sich die staatsrechtliche Opposition im Chabrus-Schwindel erschöpft hätte. Welche Mühe gaben sich die czechischen Organe, um aus der Ueberschweemmung in Böhmen Capital zu schlagen, wie beschimpften sie bei dieser Gelegenheit den Reichsrath, das Ministerium und die Centralisten, als ob sie diese für die Landescalamität verantwortlich machen wollten; wie glänzend schilderten sie ihren Lesern die Vortheile der Autonomie, wie wegwerfend sprachen sie von der Reichshilfe! Alles vergebens! Die czechische Bevölkerung scheint den Glauben an ihre Propheten verloren zu haben, die Nothleidenden zumal wissen den Unterschied zwischen der wirklichen Hilfe, die ihnen das Reich durch den Statthalter gewährt und den Phrasen, mit welchen sie von der Coterie abgespeist werden, zu würdigen. Gerade aus Böhmen, diesem Herd des staatsrechtlichen Opposition, wird eine Besserung der politischen Stimmung des Landes constatirt.“

Die „Neue Freie Presse“ beleuchtet an leitender Stelle die Action des Reichsrathes in gegenwärtiger Session in eingehender Weise. Wir heben aus dieser kritischen Analyse nachfolgende bedeutende Stellen hervor: „Wenden wir auf den bisherigen Lauf der reichsräthlichen Action zurück, so finden wir, daß der Reichsrath in diesem Abschnitte seiner Thätigkeit im Großen und Ganzen eine seiner glüklichstesten Phasen durchgemacht hat. Unter dem Drucke einer Constellation beginnend, welche kaum möglich erscheinen ließ, daß je wieder ein verfassungsmäßiger Reichsrath zusammentreffe, hat die Ver-

fassungspartei weit hinaus über ihre nächsten Ziele ihre Position gefestigt. Diese Kräftigung ist eine innere und eine äußere. Die innere Kräftigung ist die wichtigste; denn ohne diese wäre der Kraftzuwachs nach Außen nicht möglich gewesen. Zu den wichtigsten Stärkungselementen rechnen wir die Befreiung der Verfassungspartei von allen unklaren Ausgleichsgeanken. Sie hat eine hochwichtige Läuterung durchgemacht, durch welche sie für alle Zukunft gestählt wurde. Ungarn hatte sich aus dem Verbanne der einheitlichen Monarchie losgerissen, und nur um den Preis der Zustimmung zu dieser Losreißung hatte die Verfassungspartei von der Macht in den nicht ungarischen Ländern des Reiches Besitz ergriffen. Das Beispiel Ungarns wirkte auf Polen, Czachen und sonstige Slaven. Die Verfassungspartei, umgeben und angegriffen von so vielen Gegnern, überkam ein Gefühl der Schwäche, in welchem sie glaubte, durch Nachgiebigkeit ihre Gegner entzweifeln und mit ihrer Herrschaft, selbst um den Preis, daß ein Theil der Letzteren geopfert werde, versöhnen zu können. Allerdings brauchte es eines langen und zum Theile äußerst künstlichen Processes, um dieses Resultat herbeizuführen. Jener Staatsmann, dessen eigenthümlicher, unerwarteter, unmittelbar nach schwer errungenem Siege eingetretener Fall sein früheres Unrecht sühnte, war nach seinem ganzen Naturell darauf angelegt, die Verfassungspartei in das Versöhnungs-Fahrwasser zu drängen. Der Radicalismus, welcher in der allgemeinen staatslich und social fast unbegrenzten Freiheit das Mittel zur Herstellung des inneren Friedens sah, wirkte in gleicher Richtung, zum Theile benützt von Macht-Elementen, welchen er am allerwenigsten hätte dienen mögen. So bemächtigte sich der Verfassungspartei eine Ausgleichstendenz, welche ihr innerlich widerspreche und ihr nach Außen verderblich werden mußte.

Je mehr die Partei durch ihr Bestreben, unvereinbare Gegensätze zu vereinen, an sich irre wurde, desto zahlreicher, Kühner wurden die Gegner empor. Während jene sich abmühte, die für Alle befriedigende Gerechtigkeitsformel zu finden, brüteten die Feudalen und Czachen die Fundamental-Artikel aus. Diese langatmige Paraphrase der zwei Worte: „Vae victis!“, die Fundamental-Artikel und der gleichzeitige deutsch-französische Krieg wirkten wie ein reinigendes Gewitter auf die Verfassungspartei. So fand sich in allen ihren Gliedern wieder enggeschlossen zusammen, mit der Erfahrung bereichert, daß die Ausgleicherei in jeder Form nichts als das Grab der Verfassungspartei wäre. Seitdem ist der die eigenen Reihen verwirrende Ruf nach „Versöhnung“ verschwunden, die Partei hat sich in der Ideen-Einigkeit wiedergefunden, und darin liegt ihre Kraft. Selbst jene Elemente im Abgeordnetenhaus, welche vor dem gerne zu „administrativen“ Concessionen bereit waren, haben sich nunmehr fest an den großen Körper der Verfassungspartei angeschlossen. Mit dieser Ausstoßung störender Richtungen wurde auch die Disciplin in der Verfassungspartei gekräftigt und ihr Pflichtbewußtsein als Regierungspartei gehoben. Sie ist so festgesetzt und einig, als nur irgend eine politische Partei. Die Erkenntnis, daß man die Gegner nicht durch Nachgiebigkeit versöhnen, sondern durch Verstärkung der eigenen Stellung unschädlich machen müsse, scheint sich auch endlich auf den letzten Rest der Ausgleicherei, auf die galizische Frage, zu erstrecken. Die Partei darf sich nur erinnern, daß das politische Elend mit der nutzlosen Nachgiebigkeit gegen die Polen bei Gelegenheit der ersten Verfassungs-Revision seinen Anfang genommen, um den Muth zu finden, auch diesen letzten Rest des Ausgleichsgewüres hinwegzubrennen. Man darf sagen, daß die Verfassungspartei nach vielen Durchgangspunkten, welche sie nur von ihrem Ziele abwendeten, nun zu ihrem Ausgangspunkte zurückgekehrt ist. Sie braucht jetzt nur auf dem geraden Verfassungswege vorwärts zu schreiten, um ihr Ziel der Constituirung Oesterreichs als eines einheitlichen Staatswesens zu erreichen.

Der legislative Apparat arbeitet mit einer verhältnismäßigen Vollständigkeit und unter so günstigen Umständen, wie sie ihm während des zwölfjährigen Bestandes der Verfassung noch nie beschieden waren. Die administrativen Functionen des Staatslebens sind ungestört; die Reibung ist kaum eine festgelegte, als in irgend einem anderen constitutionellen Staate. Die Steuern werden mit einer noch vor wenigen Jahren ungeahnten Leichtigkeit eingehoben und gestatten, auf ein furchtbares Elementar-Unglück sofort die staatliche Hilfe in wirkungsvoller Weise folgen zu lassen. Die Erregung, welche in den ersten Tagen der czechischen Bewegung, unmit-

telbar nach der Declaration zur Erscheinung kam, ist einer Ruhe gewichen, welche ersichtlich das Zeichen der Mäßigkeit und Abspannung ist. Was die Bevölkerung und der Landesfürst, welche ja das gleiche Interesse an der Entfaltung der Staatskraft nehmen, von einer politischen Führung fordern können, das ist, unserer Meinung nach, von der Verfassungspartei während des halben Jahres ihres jüngsten Machtbesizes geleistet worden. Wir wollen durchaus nicht in Abrede stellen, daß es wünschenswerth wäre, alle Völkerschaften Oesterreichs zu harmonischem Zusammenwirken auf dem Boden der Verfassung zu vereinigen. Aber wenn dieses Ziel bezüglich einer einzigen — und nur um Eine handelt es sich! — Völkerschaft nicht erreicht werden kann, so ist dies noch kein Grund, alle übrigen Resultate der politischen Arbeit in Frage zu stellen.“

Reichsrath.

46. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 15. Juni.

Präsident R. v. Hopfen eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Min.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr v. Lasser, Dr. v. Stremayr, Freiherr de Pretis, Dr. Vanhans, Dr. Glaser, Dr. Unger, Oberst Horst.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Die eingelaufenen Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen überwiesen.

Es beginnt die zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über die Sicherstellung einer Locomotiveisenbahn von Liebenau nach Bisef; an der Debatte nehmen Theil Berichterstatter Somperg, die Abgeordneten Dr. Mayer, Ritter v. Leitnerberger, Dr. Klier, Dr. Blichfeld und Se. Excellenz der Herr Handelsminister Dr. Vanhans. Das ganze Gesetz wird in dritter Lesung angenommen.

Hierauf wird der Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung der Hofstaats-Dotation, ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Nach Erledigung mehrerer Petitionen wird die Sitzung geschlossen.

Parlamentarisches.

Der Berichterstatter Dr. Weber trägt in der am 14. d. stattgefundenen Sitzung des Aikatholikenausschusses die allgemeinen Grundsätze, betreffend die Einflußnahme des Staates auf die Regelung der Verhältnisse der Aikatholiken, und die Consequenzen aus diesen allgemeinen Grundsätzen, vor.

In der am 15. d. M. abgehaltenen Vormittags-sitzung des Finanzausschusses stimmt der Finanzausschuß den folgenden Anträgen des Referenten Abg. Wolfrum bei: 1. Das Abgeordnetenhaus, festhaltend an den den Finanzgesetzen zu Grunde liegenden Beschlüssen, geht über den Antrag der Controlcommission, daß für die Capitalrückzahlungen von den zur nicht gemeinsamen schwebenden Schuld gehörigen Cautionen und Depositen die Hinausgabe von einheitlichen in Staatsnoten verzinlichen Staatsschuldverschreibungen künftig nicht stattfinden dürfen und ebenso über den weiteren Antrag derselben Commission dahin, „daß die h. Regierung aufzufordern sei, die Festsetzung eines unabänderlichen letzten Termins zur Verwandlung der Staatsschuldverschreibungen in Erwägung zu ziehen,“ zur Tagesordnung über. 2. Der Inhalt des von der Staats-schulden-Controlcommission des Reichsrathes unter dem 18. März 1872 erstatteten Jahresberichtes wird unter Anerkennung der Gründlichkeit, Gewissenhaftigkeit und aufopfernden Thätigkeit dieser Controlcommission zur befriedigenden Kenntnis genommen.

Das Gesetz gegen die Jesuiten in Deutschland

bringt alle Kreise Deutschlands in Bewegung. Obgleich wir den fraglichen, dem deutschen Reichstage vorgelegten Gesetzentwurf bereits mitgetheilt haben, so wollen wir den Text des Gesetzes doch wieder reproduciren: Derselbe lautet:

§ 1. Den Mitgliedern des Ordens der Gesellschaft Jesu oder einer mit diesem Orden verwandten Congregation kann, auch wenn sie das deutsche Indigenat be-

figen, an jedem Orte des Bundesgebietes den Aufenthalt von der Landespolizeibehörde versagt werden.

§ 2. Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen werden vom Bundesrath erlassen.

Aus den Beratungen im Justizausschuß des Bundesrathes über die Jesuitenfrage theilt die „Spener'sche Ztg.“ Folgendes mit:

„Der angenommene Gesetzentwurf ist als die mildeste Form derjenigen Vorschläge zu betrachten, welche in Bezug auf die Materie von verschiedenen Seiten gemacht worden waren, namentlich ging die Absicht auch dahin, die sämmtlichen Orden und Gesellschaften, und zwar ohne Unterschied der Confession von staatlicher Genehmigung abhängig zu machen und eine Umgehung des gesetzlichen Verbotes mit einem Jahr Gefängnis zu bestrafen; andererseits Verwaltungsvorschriften über die Controle der Beobachtung des gedachten Gesetzes so zu erlassen, daß die Polizeibehörden in jedem einzelnen Falle sich überzeugen könnten, ob auch nicht wider das Gesetz die Niederlassung von Ordensmitgliedern oder die Uebnahme der Seelsorge, des Unterrichtes und der Krankenpflege außerhalb der staatlichen Genehmigung erfolgt sei. Es zeigt die jetzige Form, daß man von einem allzuschroffen Vorgehen vorläufig noch Abstand nehmen wollte, möglich, daß die vorbehaltenen späteren Gesetzgebungsacte sich in der Richtung der gedachten Vorschläge bewegen.“

Die „Prov. Corr.“ schreibt: „Die Regierung hält es in der That für wünschenswerth, daß ihr zur Abwehr der Wirksamkeit des Jesuiten-Ordens, in dessen Hand die Fäden der staatsfeindlichen Bewegungen vornehmlich vereinigt sind, sofort eine ausreichende Waffe gegeben werde. Es liegt in der Natur der bezüglichen Aufgabe, daß die verbündeten Regierungen durch das zu erlassende Gesetz Vollmachten erbitten, deren Gewährung nur auf einem entschiedenen Vertrauen und auf dem Bewußtsein eines gemeinsamen großen Zweckes beruhen kann. Der Reichstag wird in seiner großen Mehrheit auch dieses Zeichen des Vertrauens den verbündeten Regierungen nicht versagen wollen.“

Die Debatte über den Gesetzentwurf hat im deutschen Reichstage bereits begonnen. Bundescommissär Friedberg erklärte, das vorliegende Gesetz sei nur ein Nothwehrgesetz für den Fall, daß die staatsgefährliche Tendenz des Ordens offen und klar werde. Der Redner weist entschieden die Ansicht zurück, als ob das Gesetz gegen die katholische Kirche gemünzt sei, welche bestand, ehe der Jesuitenorden existierte und als derselbe aufgehoben war. Das Gesetz wollte keineswegs den Jesuitenorden mit der katholischen Kirche identificiren. Unter den dem Jesuitenorden verwandten Congregationen bezeichnet der Bundescommissär die Vignorianer und Frères ignorantins, sowie zwei Schulbrüderorden, deren einer unter französischer, der andere unter römischer Oberhoheit stehe.

Der geheime Oberregierungsrath Wagner hebt hervor, daß nicht Preußen, sondern die katholische Kirche den Streit hervorgerufen habe. Die herrschende Partei in der letzteren spiele mit der deutschen Einheit und dem religiösen Frieden. Die Jesuiten ständen mit auswärtigen Mächten gegen Deutschland in Verbindung; ein diplomatischer Bericht besage, daß die französischen Jesuiten eine katholische Liga in Frankreich, Italien, Oesterreich und Deutschland bilden und die unteren Volksklassen, die Gesellenvereine und Genossenschaften religiös fanatisiren. Ein Theil der deutschen Jesuiten sei für diesen Plan gewonnen, solchen Plänen müßte daher entgegengetreten werden.

Am 14. d. wurde von Vertrauensmännern aller Fractionen des Reichstages, mit Ausnahme des Centrums, der folgende Antrag vereinbart, welcher an die Stelle der Jesuiten-Vorlage treten soll und Aussicht auf Erlangung einer großen Majorität hat:

1. Der Jesuitenorden und die ihm verwandten Orden und Congregationen sind zu verbieten; die Errichtung von neuen Niederlassungen solcher Orden ist verboten und die bestehenden sollen binnen einer vom Bundesrath zu bestimmenden Frist, spätestens in sechs Monaten, aufgelöst werden.

2. Die Mitglieder jener Orden und Congregationen können, wenn sie Ausländer sind, aus dem Reiche verwiesen, wenn sie Inländer sind, von einzelnen bestimmten Orten hinweggewiesen oder an bestimmten Orten internirt werden.

3. Die Anordnungen zur Ausführung des Gesetzes, welche den höchsten Landespolizei-Behörden zusteht, erläßt der Bundesrath; an diesen gehen auch die Beschwerden wegen der Ausführung des Gesetzes, die jedoch keine aufschiebende Kraft haben. Der Bundesrath kann hierfür einen besonderen Ausschuß ernennen.

Politische Uebersicht.

Kaisbach, 18. Juni.

Die „Deutsche Zeitung“ meldet: „Der gemeinsame Ministerrath beschäftigte sich am 14. d. mit der Feststellung des Budgets für 1873. Danach soll der Kriegeminister an die Delegationen mit einer Nachtrags-Creditforderung wegen der erhöhten Futter- und Materialpreise treten. Auch soll die gemeinsame Regierung der Regulirung der Beamtengehälter ihres Ressorts ihr Augenmerk zuwenden wollen.“

Der „Pester Lloyd“ fordert in einem Leitartikel die anständigen Elementen aller Parteien in Ungarn auf, sich gegen die üblichen Wahlausfälschungen zu vereinigen, um wenigstens Thätlichkeiten zwischen den gegnerischen Parteien zu verhüten. — Auch die Wahlen in der Ungarn einverleibten Banater Grenze werden voraussichtlich deatistisch ausfallen. Wie „Naplo“ vernimmt, soll nämlich bereits der Gesetzentwurf fertig sein, welcher die Reichstagswahl in diesem Gebiete regelt. — Wie „Pesti Naplo“ mittheilt, wird die Veröblung der drei Grenzregimenter und des Czaitisten-Bataillons, welche am 1. November in die Civilverwaltung übergehen, demnächst in die Lage versetzt werden, ihre Vertreter in den Landtag zu senden. Der Czaitisten-District wird mit dem Bacter, das deutsch-banater und romanisch-banater Regiment werden mit dem Temeser und Torontaler Comitath vereinigt, der östlichste Theil der Grenze aber, deren Mittelpunkt Karansebes ist, wird als selbstständiges Municipium unter dem althistorischen Namen Valkoer Comitath constituirt; der Gesetzentwurf aber, welcher die Reichstagswahlen für diese Gebiete feststellt, ist bereits ausgearbeitet und unmittelbar, nachdem derselbe im Reichstage angenommen und sanctionirt worden, werden die Wahlen stattfinden. Was die kroatisch-slavonische Grenze anbelangt, so sagt „Pesti Naplo“, daß diesbezüglich Vieles, man könne sagen, Alles von der Haltung der kroatischen Opposition abhängt. Mache diese Haltung die Herstellung der Ordnung und der Verständigung in Kroatien möglich, so werde dem nichts entgegenstehen, daß auch die kroatisch-slavonische Grenze nächsten Landtags-Abgeordnete wählen könne.

In einer Vorberathung des kroatischen Landtages wurde angeführt, in welchen Punkten eine Verständigung angebahnt und definitiv durchgeführt werden könnte; diese sind: betreffs der Verifikation, der Wahl der Landtagsfunctionäre, ferner das Verhältnis der Parteien in der Regniculardeputation wegen Revision des Ausgleiches, und der Deputirten in den gemeinsamen Reichstag zu Pest. Und damit thatsächlich durch die national-constitutionelle Partei bewiesen werde, wie aufrichtig sie es mit den Frieden meine, wurde beschlossen, daß zwei Notäre von ihr, und zwei von den Gegnern gewählt werden. Hieraus ist zu ersehen, daß die national-constitutionelle Partei unter Beifall des ganzen Landes zuerst die Hand zur Versöhnung und Verständigung bot, und daß ihr im Ernste daran gelegen ist, der Zwietracht im Lande ein Ende zu machen. Jetzt liegt es an der Opposition, ihren Patriotismus zu beweisen und durch die That darzuthun, daß sie dieses Friedensanerbieten voll und ehrlich acceptire.

„Reform“ constatirt wiederholt die Agitationen der Serben und fordert die ungarische Regierung auf, Gegenmittel zu ergreifen, indem sie die volle Strenge ihrer Macht denjenigen Unterthanen Ungarns zu fühlen gebe, die mit Serbien conspiriren und die serbischen Emisäre bestrafe, welche in Ungarn ihr Handwerk treiben. Mit der bloßen Ausweisung der Letzteren sei nichts gethan. — Einen Krieg gegen Serbien anzufangen, wäre weder zweckmäßig, noch der Mühe werth; aber es gebe andere Mittel, um der serbischen Regentenschaft beizukommen und von diesen müsse man ungesäumt Gebrauch machen.

Zuverlässigen Mittheilungen zufolge werden bereits Anordnungen für den Besuch Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich in Berlin getroffen, welcher vom 5. bis 11. September dauern wird. — Die deutsche Presse verzeichnet die Nachricht von dem bevorstehenden Besuche mit den freundlichsten Bemerkungen. Man hat diesen Besuch in Deutschland bereits erwartet und freut sich, daß er erfolgt.

Die Antwort des Berliner Cabinets auf die von französischer Seite gemachten Räumungs-Anerbietungen ist endlich in Versailles eingetroffen. Der wesentliche Inhalt ist, der „Französischen Correspondenz“ zufolge, folgender: „Deutschland erklärt sich bereit, auf nachstehende Modalitäten einzugehen: Zahlung einer Milliarde im Laufe des Jahres 1872, einer zweiten im Jahre 1873 und einer dritten im Jahre 1874; Räumung zweier Departements nach Zahlung der ersten, zweier nach Zahlung der zweiten und der beiden letzten nach Zahlung der dritten Milliarde.“ Die Antwort des Berliner Cabinets soll überdies in einer sehr verständlichen Weise den „Wunsch“ aussprechen, die gesammte Regelung dieses Arrangements von der gegenwärtigen Regierung von Frankreich durchgeführt zu sehen, hinzu fügen, daß es auch nur aus Sympathie für Herrn Thiers und aus Vertrauen in sein Gouvernement das bedeutsame Zugeständnis einer den Ratenzahlungen entsprechenden successiven Räumung gemacht habe.

Die Nachrichten aus Spanien lauten nichts weniger als günstig. Das neue Ministerium soll eine starke Majorität gegen sich haben, von den Neuwahlen habe es nicht viel zu hoffen, und was den Zustand betrifft, so nimmt er derart überhand, daß die Wunden gar nicht mehr zu zählen sind. Die Bahnverbindungen sind größtentheils gestört, in Paris bleiben wieder häufig die Madrider Blätter aus. — Ein von Serrano gezeichnetes Manifest der Majorität tabelt die Suspension der Cortes und bietet die Beschließung der auf das Budget, die Finanzen, die Recrutirung und Cuba bezüglichen Gesetze an.

Wiener Weltausstellung 1873.

Das Athenäum, dieses Bildungsinstitut für Gewerbetreibende und Arbeiter wird nun schon in nächster Zeit ins Leben treten. Ueber die vorbereitenden Schritte, welche zu diesem Zwecke bereits gemacht worden sind, hielt der Generaldirector einen längeren Vortrag, dem wir die folgenden erfreulichen Thatsachen entnehmen: Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Rainer, Präsident der kais. Commission der Weltausstellung, hat „in voller Würdigung des segensreichen Zweckes“ in hochherziger Weise das Protectorat der neubegründeten Athenäums-Stiftung übernommen. Durch ein namhaftes Geldgeschenk ist das Athenäum am 13. April in den Besitz eines Hauses in der Vorstadt Gumpendorf gelangt, welches, günstig gelegen, sich für die Zwecke des Athenäums besonders eignet. Die Mitglieder des Executiv-Comitès der Ausstellungscommission für Wien und Niederösterreich haben ferner einstimmig beschlossen, einschneidende Schritte zu thun, um so bald als möglich einen Bauplag für die Erbauung eines definitiven Athenäums zu erwerben. Der Bibliothek des Athenäums sind bis heute an Geschenken zugegangen 1500 Werke mit 2286 Bänden und weitere namhafte Geschenke bereits in Aussicht gestellt. Das Athenäum hat außer Büchern auch noch Geschenke für das Musterlager, für die Modellsammlung und für die Lehrmittelsammlung erhalten und sich auch in dieser Richtung noch weitere Geschenke in Aussicht gestellt, insbesondere hat Se. Exc. der Herr Finanzminister Freiherr de Pretis eine werthvolle Sammlung von Stoffmustern dem Athenäum zugesichert. Auch über einen Barfonds verfügt bereits das Athenäum und zwar: 1. Ohne specielle Widmung: vom Herrn Gottlieb Schwab in Papierrente N. W. 3000 fl., von einem ungenannten Industriellen bar 1000 fl., von Herrn Buchhändler Hölder 20 fl., 2. Mit der Widmung: für die Adaptirung des Athenäum-Gebäudes in Dorem 5800 fl. 3. Mit der Widmung: die Zinsen des Capitalles jährlich für die Bibliothekszwecke zu verwenden, von einem Ungenannten in Papierrente N. W. 30.000 fl. 4. Mit der Widmung: die Zinsen jährlich für Zwecke der Musterlager und der Modellsammlung zu verwenden, von einem Ungenannten in Papierrente 30.000 fl. Die nachhaltigste Unterstützung und Förderung hat das Athenäum jedoch von Sr. Excellenz dem Handelsminister Herrn Dr. Banhans erfahren. Bibliothek, Muster- und Modellsammlung werden seitens des Handelsministeriums in reichem Maße beschenkt, und außerdem hat Se. Exc. der Handelsminister in einer Zuschrift an den Generaldirector erklärt, „zur Erhaltung dieses Bildungsinstitutes für Gewerbetreibende und Arbeiter schon in dem nächsten Budget einen entsprechenden Betrag in Anspruch zu nehmen.“ Damit darf die Zukunft des Athenäums als gesichert betrachtet werden.

Ihre k. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Marie geruhen das Protectorat der Ausstellung der Frauenarbeiten zu übernehmen. — Die Fabrikanten gebogener Holzarbeiten, Herren Gebrüder Thonet, haben sich erboten, die für die Bureauz im Ausstellungspalaste und in den Pavillons erforderlichen Möbel ihres Fabrikates für die Dauer der Ausstellung unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Der Generaldirector der Ausstellung hat dieses patriotische Anerbieten mit Dank angenommen. — Den Eisenbahngesellschaften, welche bereits Ermäßigungen für den Ausstellungsverkehr zugestanden haben, hat sich nun auch der „rheinisch-thüringische Eisenbahnverband“ angeschlossen, welcher für den Hin- und Rücktransport der Ausstellungsgüter eine 50perc. Frachtermäßigung eintreten zu lassen beschlossen hat.

Tagesneuigkeiten.

— (Nachtragscredite für das Jahr 1871.) Sr. Majestät der Kaiser haben mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes zur Bedeckung der bei einigen Etats sich ergebenden Mehrauslagen die erforderlichen Nachtragscredite pro 1871 bewilligt, u. z. für das Ministerium a. des Innern 214.226 fl.; b. des Cultus und Unterrichtes 111.140 fl.; c. der Finanzen 138.000 fl.; d. der Justiz 58.032 fl.; e. für Subventionen und Dotationen 3.016.570 fl.

— (Der Sultan) empfing am 15. d. im Palaste Teheragan in einer Privat-Audienz den österreichischen Intendanten Grafen Rudolf, welcher vom ersten Dolmetsch v. Rosjel begleitet war. Der Empfang war ein sehr wohlwollender.

— (Für die Verunglückten in Böhmen) sind bei dem Wiener Hilfscomitè an Spenden bis jetzt eingegangen: 298.894 fl. 57 kr. 2c. und im österreichischen Volkshaushotel in London wird am 24. d. unter der Direction des Herrn Ernest Pauer und Mitwirkung von ausschließlich österreichischen und ungarischen Künstlern ein großes Concert stattfinden.

— (F. M. L. Freiherr von John) ist von Merbad mit dem Triester Postzuge nach Graz zurückgekehrt.

— (Das Jahresgründungsfest des Grazer Turnvereines) wurde Samstag den 15. d. mit einem Schauturnen der Schüler des zweiten Staatsgymnasiums und der Vereinszöglinge eröffnet.

— (Die Stadt Lissabon) wurde am 13. Juni von einer Feuerbrunst heimgesucht, welche etwa die Hälfte

des Häusercomplexes in der Nähe des Bollamts einäscherte, darunter die Börse, sowie eine Anzahl Handelscomptoirs und Speicher.

Locales.

Sitzung des k. k. Landes-Sanitätstathes vom 13. April 1872.

Gegenwärtig: Vorsitzender Prof. Dr. Valenta, die k. k. Sanitätstathen Dr. R. v. Andrioli, Dr. v. Stöckl, Dr. M. Razpet und Dr. Carl Bleiweis.

I. Der Vorsitzende theilt mit, daß die Bezirks-Wundarztstelle in Neudorf dem Bezirkswundarzte Wader verliehen wurde; ferner, daß Prof. v. Perger als Sachverständiger in der Streitfrage der Gemeinden von Unteridria wegen Entschädigung für die durch Quecksilberniederschläge erkrankten Hausthiere nach Idria abgesendet wurde und daß derselbe in der nächsten Sitzung referiren werde.

II. SR. Dr. v. Stöckl referirt über die Friedhofs-erweiterung von St. Veit bei Laibach und beantragt, es möge die Bezirkshauptmannschaft zu sofortigem Einschreiten durch die h. Regierung aufgefordert werden.

Der Antrag Dr. v. Stöckl's sowie der Zusatzantrag des SR. Dr. Razpet, gleichzeitig die Einleitung zu treffen, den Friedhof außerhalb des Ortes neu anzulegen, werden einstimmig angenommen.

III. SR. Dr. C. Bleiweis referirt über die Tabellen, welche das Ministerium behufs Verfassung eines Centralsanitätsberichtes eingesendet, und beantragt:

1. Der krainische Landes-Sanitätstath findet diese Tabellen als nicht entsprechend, da eine wahrheitsgetreue Zusammenstellung theils nicht möglich, theils nur mit großen Schwierigkeiten und Kosten und selbst dann nicht durchgehend wahrheitsgetreu ausführbar ist.

2. Der krainische Landes-Sanitätstath erklärt sich jedoch bereit, den Landes-Sanitätsbericht für das Jahr 1872 zu verfassen, muß jedoch die Forderung stellen, daß die Zusammenstellung der Tabellen und Beschreibung der Anstalten von einem ärztlichen Regierungsbeamten unter Aufsicht und Leitung eines aus dem Landes-Sanitätstath zu wählenden Comité's zu geschehen habe.

3. Der Landes-Sanitätstath protestirt gegen die Drucklegung dieser Tabellen auf Kosten des Sanitätstathsdotation, befürwortet dagegen die Drucklegung und möglichste Verbreitung des vom Landes-Sanitätstath selbständig verfaßten Landes-Sanitätsberichtes.

4. Der k. k. Landespräsident wird gebeten, diesen Vorschlägen beizustimmen und selbe dem Herrn Minister des Innern zur hochgeneigten Kenntnis zu bringen.

IV. SR. Dr. Razpet interpellirt den Reg.-Rath v. Andrioli wegen Vereisungen der Bezirksärzte.

V. Prof. Valenta wünscht, daß der Landes-Sanitätstath dem Gesetze gemäß von im Lande herrschenden Epidemien jeberzeit in Kenntnis gesetzt werde (was bisher nicht geschah, obwohl z. B. dormalen im Krainburger Sanitätsbezirk eine Typhusepidemie herrschte), was Reg.-Rath v. Andrioli für künftige zusagt.

Predil und Laß.

(Schluß.)

Schon der betreffende Ausschußbericht vom Jahre 1870 nennt den Predilbau ein „gewagtes Unternehmen“ — ein solches bleibt es auch fürder — deshalb hat sich noch keine private Geldkraft dem Unternehmen genähert, und — weil die Predilbahn kein Private bauen will — so nimmt der Staat das Risiko auf sich.

Solche gewagte Unternehmungen gehören keineswegs in das Bereich der finanziellen Staatswirtschaft. Hingegen würde die Triest-Laubsdorferbahn den Staat nichts kosten; wie man liest, ist das betreffende Consortium sogar erbötig, dieselbe ohne Zinsengarantie zu bauen und dadurch den richtigsten Gedanken zu verwirklichen, welcher in Oesterreich bisher in Eisenbahn-Angelegenheiten zum Durchbruche gekommen ist, nämlich Triest nahezu in dem Meridiane mit der Rudolfsbahn, Prag, Dresden, Berlin, Stettin bis zur Ost- und Nordsee zu verbinden, und damit auch den Zweck einer neuen Verbindung nach Nordwest über Laß-Tarvis zu erzielen, wofür letztere Strecke bereits fertig ist.

Durch die Triest-Laß-Tarviser Eisenbahn gelangt die Strecke Laß-Tarvis zur Rentabilität, und durch die Fortsetzung Laß-Laubsdorf gewinnt der nördliche Zug der Rudolfsbahn jene Bedeutung, die ihr die Natur angewiesen hat, und welche der Culturfortschritt unserer cisleithanischen Provinzen und die Expansion des Verkehrs der Producte derselben zum Meere von Jahr zu Jahr zur volleren Geltung steigern wird.

Es sei hier bemerkt, daß das dormalige Project der Triest-Laubsdorferbahn noch wesentlicher Verbesserungen fähig ist.

Wenn man der Predilbahn 20 Jahre zum Studium gönnte, bis das neueste technische Operat zu Stande kam, so kann man hoffen, daß die wesentlichen Verbesserungen, welche das betreffende Consortium der diesfälligen officiellen Aufnahme gegenüber herausfand, bei einer noch weiteren Prüfung der Sache, was Kürze und sonstige Vortheile anbelangt, noch nicht ihren Abschluß gefunden haben. Auch ist es außer Zweifel, daß die Triest-Laß-Tarvis-Strecke für den Verkehr nach dem Bodensee vortheilhafter ist als die Predillinie. Die Schnelligkeit des Verkehrs auf der Triest-Laß-Tarviser Strecke wiegt die einigermaßen größere Länge derselben gegen die Predillinie auf. Die Tariffage

hingegen würden voraussichtlich bei der Laßer Bahn wegen des bedeutend geringeren Anlagecapitals und dem bei weitem wohlfeileren Betriebes niedriger sein als auf der Predilbahn.

Endlich ist in Betracht zu ziehen, daß der Verkehr auf der Predilbahn durch mehrere Monate im Jahre sehr precär sein würde, daß bei der Beengtheit des Terrains für größere Warenlagerungen kein Raum gewonnen werden könnte, daher der Rückfluß der Transportgegenstände auf die Südbahn mit dem Umwege über Laibach unvermeidlich wäre — alles zur Schädigung des cisleithanischen Handels und der damit verbundenen finanziellen Interessen des Reiches.

5. Wenn von so einem gewagten Unternehmen und einer mit demselben verbundenen so riskanten Finanzoperation die Rede ist, so darf wohl Jedermann fragen: Wer kann oder will die Verantwortlichkeit für die Ziffern, für das Gelingen oder das Mislingen, für die unabsehbaren Folgen die Verantwortlichkeit übernehmen? Nur allgemeines Schweigen kann auf diese Frage Antwort sein.

6. Die italienische Regierung und die dortigen Geldpotenzen haben ihr Urtheil über die Predilbahn dadurch ausgesprochen, daß sie den Bau der Pontebabahn beschlossen haben. Hätten sie den Bau der Predilbahn überhaupt für eine staatliche Möglichkeit gehalten, so hätten sie sicherlich gewartet, um sich der Predilbahn bei Caporetto anzuschließen, um hiedurch viele Millionen zu ersparen, da der österr. Staatsfiskus für Italien den Predilübergang bewerkstelligt hätte.

7. Vom strategischen Standpunkte dürften die Acten über die absolute Verwerflichkeit der Predilbahn geschlossen sein.

Die Herren Experten gaben die Aeußerung ab, daß sie des Schutzes bedürfen würde. Jedermann, der die topographischen Situationen kennt, weiß es, daß ein derlei Schutz geradezu unmöglich ist, denn die Trasse könnte meilenlang den auf den anstoßenden fremdländischen Bergen und Hügeln postirten Kanonen nicht entzückt werden.

Soll man neue Forts anlegen? Soll man im Falle des Bedarfes einen nicht unbeträchtlichen Theil der Armee zum Schutze der Predilbahn vom Hauptkörper trennen und hiedurch diesen abschwächen?

Ist im Falle eines Krieges der bewaffnete Schutz nicht schon die Brachlegung der Linie selbst? Und um, wie es der praktischen Handelskammer ziemt, auch in diesem Punkte praktisch zu bleiben, so weist sie auf die analoge Linie Krakau-Dawiczim hin, welche im Jahre 1866 hoffentlich für immer den strategischen Werth einer knapp an Feindegrenze ziehenden Bahnlinie als abschreckendes Beispiel constatirt hat.

8. Praktisch ist endlich auch für den österr. Handel die politische Seite des von der französischen Gesellschaft angestrebten Monopols.

Von diesem Standpunkte aus dürfte es überhaupt nicht gerechtfertigt, ja sehr gewagt erscheinen, einer ausländischen Gesellschaft das Privilegium einzuräumen, durch ein ganzes Jahrhundert die Hauptader unsers Handels an der empfindlichsten Stelle, am Herzen, den Triesterhasen zu beherrschen.

Der Diplomatie ist benützigen Falles jeder Vorwand willkommen, selbst die „Surtaxe de pavillon“ kann, so wie eine allfällige beabsichtigte gewaltsame Expropriation unter dem Titel Schutz der eigenen Unterthanen zum Vorwande dienen, wenn es gelten würde, Oesterreich äußere Schwierigkeiten zu bereiten.

Dieser Fall gehört in den Bereich der Möglichkeiten, mit welchen die Diplomatie zu rechnen nie verabsäumen darf.

9. Die französische Gesellschaft entzieht unserm Vaterlande durch das ihr gehörige Eisenbahnnetz alljährig die enorme Summe von 35 Mill. Gulden, dies macht, die Verkehrszunahme und Zinsen nicht gerechnet, in 101 Jahre rund 3 1/2 Milliarden. Welch eine ungeheure Schädigung des österr. National-Vermögens. Muß nicht jeder Patriot rufen: Armes Oesterreich! Sollte man nicht trachten, jenem Monopole durch natürliche Concurrenzlinien Schranken zu setzen, anstatt dasselbe zu begünstigen, und sogar die Mittel aus Staatseinkünften zu beschaffen, um jene Privilegien zu verewigen.

Höher Reichsrath!

Es ist für jeden Oesterreicher herzerhebend, was in dem Ausschusse für die Predilbahn seit seiner Thätigkeit vor sich gegangen ist; wie dabei die Unabhängigkeit der Parlamentsmitglieder, die Freiheit der Discussion, die Objectivität der Auffassungen, das gewissenhafte Eindringen in die Angelegenheit zum Ausdruck gekommen sind, und die ergabenste Handelskammer ist überzeugt, daß der gleiche Geist auch das gesammte hohe Haus bei Verathung und Beschlußfassung über diese hochwichtige Angelegenheit leiten wird.

Die Agitation gegen die neuen Schulgesetze.

(Fortsetzung.)

Die Physik, die Chemie, sie erfinden alljährlich neue Mittel und Wege, dem Boden den bestmöglichen Ertrag abzurufen, und die Kenntnis davon soll ihm verschlossen bleiben?

Der einfache Professionist, wenn er sein Handwerkzeug überschaut, überblickt dabei den Industrieleiß aus aller möglichen Herren Ländern, und es sollte ihm verwehrt bleiben, diese Länder zu kennen, ihnen das Gute, was sie leisten, anzusehen und sich jener Versuche zu enthalten, welche jenen Schaden gebracht haben?

* Vergl. Nr. 136 d. Bl.

Gewiß, es wäre ein Raub an unsern Kindern, ein Raub an ihrer und unseres Kaiserstaates Zukunft, wenn wir da noch behaupten wollten, es wäre nicht nothwendig gewesen, die Volksschule zu reformiren! — Sie mußte einer Reform unterzogen werden, der Einzelnen, ja sogar des Staates wegen!

Was hat unsern deutschen Brüdern „draußen im Reiche“ den Kampf um ihre nationale Freiheit so siegreich durchzuführen helfen? — Nur der Umstand, daß ein gebildetes Volk diesen Kampf kämpfte gegen eine moralisch verkommene und in der Volkserziehung verwahrloste Nation! —

Und so wird auch künftig nur jener Staat in den großen Völkernkämpfen sich zu behaupten wissen, der seiner Armee als oberste Leitung, aber auch jedem gewöhnlichen Soldaten Intelligenz und Bildung mitgeben kann.

Und weil es sich sohin um eine Existenzfrage des Staates, wie des Einzelnen handelte, so mußte gebrochen werden mit dem früheren Schlandrian, mußte die Volksschule auf eine Grundlage gestellt werden, wie es die Zeitverhältnisse und die fortschreitende Civilisation erheischen. Möchte es auch Kämpfe kosten, wo es sich um Existenzfragen handelt, da ist ein solcher Kampf, wie er durch die Reform der Schulgesetzgebung heraufbeschworen wurde, das kleinere Uebel. Wer aber diese Reform anseindet und bekämpft, der ist gewiß kein Freund des Volkes, denn er will, daß das Volk in Dummheit erhalten werde, somit seine einzige Waffe in dem jetzt so schwierigen Kampfe um sein Dasein, um sein Fortkommen, die Bildung wegwerfe und nicht gebrauche. Und aus welchen Ursachen, aus welchen Gründen wird angeknüpft gegen die Reform der Volksschulgesetzgebung.

Besehen wir uns doch diese Gründe, denn vor Allem thut es Noth, in einem politischen Kampfe klar zu sehen, genau zu wissen, um was es sich eigentlich dabei handelt.

„Diese neuen Volksschulgesetze wollen germanisiren, sie verletzen die Gleichberechtigung unserer Nationalität,“ so rufen uns die Tschechen und die Slowenen und andere ihrer Bundesgenossen zu, „darum müssen sie fallen!“ —

Das Volksschulgesetz bestimmt aber ausdrücklich, daß über die Unterrichtssprache jene zu entscheiden haben, welche die Schule erhalten. (§ 6).

Liegt hierin eine Verletzung der Gleichberechtigung oder ist dieses Princip nicht das gerechteste, welches in dieser Frage überhaupt zur Anwendung kommen kann?

Sehen wir aber in den alten Schulvorschriften nach, in jenen Verordnungen, welchen den Nationalen nach ihrer Angabe lieber sind, als die neuen Gesetze, dann müssen wir sagen, daß die ersteren eher auf Germanisirung berechnet waren, als die jetzigen Gesetze.

Schon der Titel der früheren Schulvorschriften: „Politische Verfassung der deutschen Schulen in den k. k. deutschen Erbstaaten“ ist ein solcher, wie ihn heute Niemand zu gebrauchen wagen dürfte, ohne unsere Nationalen in den höchsten Zorn zu versetzen.

Und gehen wir die einzelnen Bestimmungen der Schulverfassung durch, so finden wir, daß der Unterricht in der deutschen Sprache an den Hauptschulen ein obligatorischer war und jeder Lehrer der deutschen Sprache mächtig sein sollte. Diesen Bestimmungen gegenüber soll unsere neue Gesetzgebung, aufgebaut auf der grundrechtlichen Bestimmung, daß jeder Volksstamm ein unüberäußerliches Recht auf die Pflege und Ausbildung seiner Sprache habe und Niemand gezwungen werden könne, eine andere Sprache, als seine Muttersprache zu erlernen, ein Mittel zur Unterdrückung nicht deutscher Nationalitäten sein? Und hören wir auf die Ultramontanen, auf die Wortführer der katholisch-politischen Casinos, so wird man uns wieder zurufen: „Wir können eure Schulgesetze nicht brauchen, durch sie kommt die Religion unserer Kinder in Gefahr!“

Diesen Vorwurf zu entkräften, genügt es, auf den ersten Paragraphen unseres Volksschulgesetzes hinzuweisen, worin es heißt: „Die Volksschule hat die Aufgabe, die Kinder sittlich-religiös zu erziehen“; genügt es, darauf hinzuweisen, daß unter den Lehrgegenständen die an der Volksschule gelehrt werden müssen, oben an der Unterricht in der Religion steht, und daß das Volksschulgesetz ausdrücklich bestimmt, daß der Religionsunterricht ganz der betreffenden Glaubensgenossenschaft überlassen werde.

Sehen wir uns doch unsere jetzige Volksschule, die doch schon nach den neuen Gesetzen eingerichtet ist, an; wird da kein Religionsunterricht erteilt, dürfen die Kinder nicht mehr die Kirche besuchen oder die Sacramente empfangen?

Wahrlich, um religiös erzogen zu werden, fehlt den Kindern gar nichts, als daß die Herren Seelsorger und Katecheten es ihrerseits nicht an Eifer fehlen lassen, nichts, als daß die Herren Seelsorger das an manchen Orten übliche Demonstrieren lassen und den Religionsunterricht wirklich erteilen, wie sie dazu, ganz abgesehen vom weltlichen Gesetze, schon durch die Kirchengesetze verpflichtet sind!

Die Vorwürfe also, welche vom nationalen und clericalen Standpunkte aus gegen die Schulgesetze erhoben werden, sind ganz unbegründet, sind nichts, wie aus Unkenntnis oder Böswilligkeit hervorgegangene Unwahrheiten! — Es werden solche Behauptungen nur aufgestellt, um Jene zu täuschen, welche die neuen Gesetze nicht kennen; sie werden nur aufgestellt, um die große Masse mit forzureißen, damit die Regierung bestimmt werde, diese Gesetze wieder abzuschaffen zu lassen.

Sie werden nur aufgestellt, damit der eigentliche Grund der Opposition gegen diese Gesetze vor den Augen der Welt verdeckt bleibe, damit man nicht sehe, daß der

Hauptgrund dieser Opposition nichts ist, als der nackte Egoismus, auch nicht ein Stückchen jener Machtbefugnisse abzulassen, welche sich derselbe im Laufe der Zeiten zuweilen klug genug gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

(Zur Weltausstellung.) In maßgebenden Kreisen wird die Resignation der Herren Gustav Tönnies und Valentin Krisper auf die Ehrenstellen als Mitglieder der krain. Weltausstellungs-Landescommission bedauert. — Durch die Ernennung des Herrn t. t. Polizeirathes Ahtschin zum Correspondenten gewinnt die Landescommission eine in national-ökonomischer und musikalischer Beziehung mit den Landesverhältnissen wohlbelannte, thätige Kraft. — Der Termin zur Anmeldung der auszustellenden Gegenstände läuft Ende d. M. ab. Wir erlauben uns, im Interesse der Industrie und des Handels die Erinnerung wegen rechtzeitiger Einbringung der Anmeldung bei der hiesigen Landes-Commission hier anzufügen. — Die Herren Landwirthe wollen sich der von t. t. krain. Landwirtschaftsgesellschaft eingeleiteten landwirtschaftlichen Collectivausstellung anschließen und die Herren Gewerbsleute an der von der hiesigen Handels- und Gewerbekammer beabsichtigten Collectiv-Ausstellung theilnehmen.

(Prämien für krainische Alpenwirth.) Das h. t. und t. Ackerbauministerium hat zur Prämierung ausgezeichneter Alpenwirth in Krain den Betrag von 1000 fl. gewidmet. Jene Alpenwirth, welchen ihren Alpenbesitz cultivirt, beziehungsweise verbessert haben, können bis Ende September 1873 um Verleihung einer Prämie bei der t. t. Krainer Landwirtschaftsgesellschaft einkommen.

(Aus dem Amtsblatte.) Concurs zur Besetzung der Hilfsämter-Directions-Adjunctenstelle bei dem hiesigen Landesgerichte. Gesuche bis 30. d. an das Präsidium dieses Landesgerichtes. — Concurs zur Besetzung von 2 Bau-Adjunctenstellen à 600 fl., 2 Practicantenstellen à 500 fl. und 2 solchen à 400 fl. nebst Quartiergeld in der t. t. croat.-slav. Militärgrenze. Gesuche bis 15. August l. J. an das General-Commando in Agram.

(Hagelschlag.) Am 16. d. wurden die Ortschaften Kleinriegel, Krapflern, Böland, Neuburg und Großriegel im Bezirke Rudolfswerth von einem wolkenbruchartigen Regen und eine Stunde andauernden Hagelwetter heimgesucht, wodurch die Feldfrüchte theils niedergeschlagen theils weggeschwemmt und insbesondere die Weingärten stark beschädigt wurden.

(Trief-Lack-Launsdorf.) Die „Deutsche Zeitung“ schreibt: „Was die Gesetzesvorlage für die Verbindung der Rudolf-Bahn mit Trief anbelangt, glauben wir mit vollster Berechtigung einen Resolutionsantrag des Eisenbahn-Ausschusses noch vor der Vertagung der Session erwarten zu dürfen, welcher die Regierung zur eingehenden Prüfung und Berücksichtigung der Offerte des Consortiums für Lack auffordert wird. Wir müssen auch heute wenigstens dafür eintreten, daß das Princip der Herstellung einer directen, selbständigen Verbindung zwischen der Rudolf-Bahn und Trief und die Brechung des schädlichen Monopoles der Südbahn an unserer Küste intact festgehalten werde. Möge die Zeit bis zum Wiederbeginne der Session für die Prüfung und Sicherstellung der Trief-Lack-Launsdorfer Linie von der Regierung benützt werden. Eine diesbezügliche Resolution des Hauses ist das Mindeste, was die Bevölkerung des Reiches von ihren Vertretern zu erwarten ein Recht hat.“

(Predilbahnproject.) Der Ausschuss zur Vorberathung der Regierungsvorlage, betreffend die Predilbahn, hielt am 17. d. seine letzte Sitzung vor der Vertagung des Hauses. Zu einem endgiltigen Beschlusse gelangte man nicht, da eine Fortsetzung der Beratungen wegen des ungenügend vorhandenen Materiales und des neuen Projectes unmöglich war. Der Ausschuss empfahl der Regierung das eingehende Studium der Linie und vertagte seine Sitzungen bis zur Zusammenberufung des Reichsrathes im Herbst.

(Vom Büchertische.) Wir machen unsere geehrten Leser auf zwei neue wichtige Tabellen aufmerksam, u. z.: 1. Statistische Tafel aller Länder der Erde, enthaltend: Größe, Regierungsform, Bevölkerung, Heer, Geldwesen, Eisenbahnen u. s. w. von Dr. Otto Hübner. 1872. Frankfurt a. M. F. Bofelli'sche Buchhandlung, Preis 5 Sgr. 2. Münz-Reductions- und Zins-Tabellen von G. Schier, 1872. Frankfurt a. M. Bofelli'sche Buchhandlung, Preis 8 Sgr. Zur Bequemlichkeit des p. t. Publicums besorgt Bestellungen die Buchhandlung v. Kleinmayr & Bamberg in Laibach.

(Schlußverhandlungen beim t. t. Landesgerichte in Laibach.) Am 19. Juni. Paul Penko: schwere körperliche Beschädigung; Valentin Sajc: öffentliche Gewaltthätigkeit; Karl Potocnik: öffentliche Gewaltthätigkeit. — Am 20. Juni. Lorenz Serat: Todtschlag; Jakob Denjak: schwere körperliche Beschädigung; Gabriel Sterjanc: Nachahmung öffentlicher Creditspapiere. — Am 21. Juni. Theresia Juvancic: Diebstahl; Andreas Ule und Johann Urbas: schwere körperliche Beschädigung; Bartl Roscec und 2 Genossen: Diebstahl; Maria Praznik: Diebstahl.

Stimmen aus dem Publicum.

Am 16. d. wurden einige Laibacher Studenten bei Gelegenheit eines Ausfluges nach Kaltenbrunn von rohen dortigen Bauernburschen insultirt, ja sogar geschlagen. Es ist wahrlich dringend nothwendig, daß sich an Sonn- und Feiertagen Gendarmerie-Patrouillen in die nächst Laibach gelegenen Ortschaften begeben, sonst ist man bei Ausflügen seines Lebens nicht sicher. Gegen Rohheit schützt nur öffentliche Gewalt!

Ein Freund der Landluft.

Eingefendet.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten, Revalesciere Du Barry von London.

Die delicate Heilmahrung Revalesciere du Barry beseitigt alle Krankheiten, die der Medicin widerstehen; nämlich Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberculose, Diarrhöen, Schwindel, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Fieber, Schwindel, Blutauffreigen, Ohrenrauschen, Uebelkeit und Erbrechen selbst in der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. — Auszug aus 72.000 Certificaten über Genesungen, die aller Medicin getrotzt: Certificat Nr. 68471.

Brunetto (bei Mondovi), den 26. October 1869. Mein Herr! Ich kann Sie versichern, daß seit ich von der wundervollen Revalesciere du Barry Gebrauch machte, das heißt seit zwei Jahren, fühle ich die Beschwerden meines Alters nicht mehr, noch die Last meiner 84 Jahre. Meine Beine sind wieder schlanke geworden; mein Gesicht ist so gut, daß ich keiner Brille bedarf; mein Magen ist stark, als wäre ich 30 Jahre alt. Kurz, ich fühle mich verjüngt; ich predige, ich höre Beichte, ich besuche Kranke, ich mache ziemlich lange Reisen zu Fuß, ich fühle meinen Verstand klar und mein Gedächtniß erfrischt. Ich ersuche Sie, diese Erklärung zu veröffentlichen, wo und wie Sie es wünschen. Ihr ganz ergebener

Abbe Peter Castelli, Bach.-es-Theol. und Pfarrer zu Brunetto, Kreis Mondovi. Nachhafter als Fleisch, eripart die Revalesciere bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien. In Blechbüchsen von 1 Pfund fl. 1.50, 1 Pfund fl. 2.50, 2 Pfund fl. 4.50, 5 Pfund fl. 10, 12 Pfund fl. 20, 24 Pfund fl. 36. Revalesciere Chocolatée in Pulver und in Tabletten für 12 Tassen fl. 1.50, 24 Tassen fl. 2.50, 48 Tassen fl. 4.50, in Pulver für 120 Tassen fl. 10, für 288 Tassen fl. 20, für 576 Tassen fl. 36. Zu beziehen durch Varry du Barry & Comp. in Wien, Wallfischgasse Nr. 8, in Laibach Ed. Wahr, in Marburg J. Kollert, in Klagenfurt P. Birnbacher, in Graz Gebrüder Oberranzmayr, in Innsbruck Dieckl & Frank, in Linz Haselmayer, in Pest Török, in Prag J. Hüß, in Brünn J. Eder, sowie in allen Städten bei guten Apothekern und Specereihändlern; auch versendet das Wiener Haus nach allen Gegenden gegen Postanweisung oder Nachnahme.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“) Wien, 18. Juni. Reichsrath. Abgeordnetenhaus. Volksrath und Genossen interpelliren unter Hinweis auf die vielfachen

Unbestörungen und gerichtlichen Aburtheilungen in Krain, welche Maßregeln die Regierung zur Durchführung der Servitutenablösung in Oberkrain anzuordnen beabsichtigt. Der Gesetzesentwurf, betreffend die Pferde-Conscription wird nach den Auschüßanträgen mit dem Zusatzantrage Reichbauer's angenommen, dieses Gesetz habe gleichzeitig mit einem analogen ungarischen Gesetze in Wirksamkeit zu treten. Der Landesvertheidigungsminister erklärt sich mit dem Zusatzantrage einverstanden. Vom Finanzausschusse wurde der über eine Petition der Concordia beantragte Gesetzesentwurf wegen Aufhebung des Inseratensteuers abgelehnt, nachdem der Finanzminister gegen denselben gesprochen und die baldige Vorlage wegen Regelung der Inseratensteuer in Aussicht gestellt hatte.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 18. Juni.

Papier-Rente 64.80. — Silber-Rente 72.15. — 1860er Staats-Anlehen 104.40. — Bank-Actien 849. — Credit Actien 342.90. — London 112. — Silber 109.65. — R t Münz-Ducaten 5.36 1/2. — Napoleonsd'or 8.93

Handel und Volkswirtschaftliches.

Rudolfswerth, 17. Juni. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Markte, wie folgt:

	fl.	kr.		fl.	kr.
Weizen per Megen	8	—	Butter pr. Pfund	—	—
Korn	5	—	Eier pr. Stüd	—	1 1/2
Gerste	4	—	Milch pr. Maß	—	10
Hafer	2	10	Rindfleisch pr. Pfd.	—	24
Halbfrucht	6	—	Kalbsteisch	—	26
Heiden	5	—	Schweinefleisch	—	—
Hirse	—	—	Schöpfenfleisch	—	—
Kultur	4	80	Hühner pr. Stüd	—	30
Erdäpfel	—	—	Lauben	—	—
Linse	—	—	Sei pr. Centner	2	—
Erbsen	—	—	Stroh	—	80
Hilfen	8	80	Holz, hartes 32", Kist.	6	—
Rindschmalz pr. Pfd.	—	50	— weiches	—	—
Schweinefleisch	—	54	Wein, rother, pr. Eimer	10	—
Speck, frisch	—	—	— weißer	9	—
Speck, geräuchert Pfd.	—	44			

Angekommene Fremde.

Am 17. Juni.

Elefant. Bescho Edler v. Möhrenthal, t. t. Oberst und Militär-Bau-Director, Graz. — Ogrinz, t. t. Bezirkshauptmann, Voitsch. — Binter, Pfarrer Oberkrain. — Branne, Wien. — Zalein, Kaufm., Trief. — Vascali, Kaufm., Gradiola. — Solar, Grz. — Urey, Handelsm., Wien. — Heumann und Radlouscheg, Handelsleute, Grz. — Farnet, Grz. — Varré, Director der Staatsbahn, und Berenger, Maschinen-Oberinspector, Wien. — Petroncil, Privat, Fiume. — Mathes, Brauhausbesitzer, Gisi. — Krantler, Kaufm., Bregenz. — Serafine v. Drosz mit Tochter, Grz. — Leontine v. Jonine, Private, mit Familie, Rußland. — Plenizkar, Unterkrain. — Herling, Kaufm., Wien. — Wohlstein, Rudolfswerth. — Interberger, Kaufm., Villach.

Stadt Wien. Zigler, Furlani und Mignai, Private, Trief. — Morisch, Fabrikbesitzer, Uach. — Ritter v. Guttmansthal, Trief. — Rosenberger, Kaufm., Wien. — v. Gaisberg, Forstbeamte, mit Gemalin, Stuttgart. — Kreibitz, Bahnbeamte, Wien. — Gromath, Steueramtsbeamte, Gurktal. — Dr. Vorelli mit Frau, Zara.

Hotel Europa. Leber, mit Familie, Trief. — Lipold, Oberbergath, Idria. — Mettel, Kaufm., mit Familie, Trief.

Mohren. Tomassich, t. t. Major, Wien.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Jahr	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Niederschlag in Millimetern
18. 2	6 U. Mg.	737.32	+10.7	windstill	3. Hälfte bew.
10. 2	„ „	734.94	+22.8	SO. schwach	3. Hälfte bew.
10. 2	„ Ab.	735.63	+15.6	windstill	Regen

Schwüler Tag, nachmittags zunehmende Bewölkung. Um 10 Uhr abends Regen. Das Tagesmittel der Wärme + 16.4°, um 21° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsenbericht.

Wien, 17. Juni. Speculationspapiere waren infolge von Realisirungen localer Natur ziemlich flau; eine Ausnahme machten Vereinsbank-Actien, welche beträchtlich stiegen. Schrankenwerthe hielten sich fest, und waren einzelne Eisenbahn-Actien sogar lebhaft gefragt und im Course höher.

Allgemeine Staatsschuld.		Wiener Communalanlehen, rück. Geld Waare		Geld Waare		Geld Waare	
für 100 fl.		zahlbar 5 pCt. für 100 fl.		86 80 87.—			
Einheitliche Staatsschuld zu 5 pCt.:		A. Actien von Bankinstituten.					
in Noten verzinst. Mai-November		Anglo-östrerr. Bank		327 75 328.—		Franz-Josephs-Bahn 212 50 213 50	
Februar-August		Bankverein		336.— 337.—		Lemberg-Czern.-Jassyer-Bahn 164 — 164 50	
Silber		Boden-Creditanstalt		275.— 278.—		Klod, östrerr. 498.— 501.—	
Jänner-Juni		Creditanstalt f. Handel u. Gew.		343 50 343 75		Dessler, Nordmehlbahn 218.— 219 —	
April-October		Creditanstalt, allgem. ungar.		163.— 164 —		Rudolfs-Bahn 180 — 180 50	
Lose v. J. 1839		Depositenbank		103 50 104.—		Stebenbürgen Bahn 182 — 183.—	
1854 (4 %) zu 250 fl.		Ecompte-Gesellschaft, u. s.		1000 — 1010.—		Staatbahn 358 — 359.—	
1860 zu 500 fl.		Franco-östrerr. Bank		143 50 144.—		Südbahn 204 60 204 80	
1860 zu 100 fl.		Handelsbank		225 — 226.—		Südb-nordb. Verbind. Bahn 183.— 183 50	
1864 zu 100 fl.		Nationalbank		849.— 851.—		Eheiß-Bahn 279 50 280.—	
Staats-Domanen-Pfandbriefe zu 120 fl. 8. B. in Silber		Unionbank		286.— 286 50		Ungarische Nordostbahn 164 75 165 25	
B. Grundentlastungs-Obligationen.		Bereinsbank		153 — 143 50		Ungarische Ostbahn 140 50 141.—	
für 100 fl.		Verkehrsbank		206 50 201.—		Erntwaag 309 50 310 50	
zu 5 pCt.		E. Actien von Transportunternehmungen.				F. Pfandbriefe (für 100 fl.)	
in 5 pCt.		Alföld-Gümmener Bahn		181 75 182 25		Allg. öst. Boden-Credit-Anstalt Geld Waare	
zu 5 pCt.		Böhm. Westbahn		245 50 245 75		verlosbar zu 5 pCt. in Silber 103 90 104 10	
zu 5 pCt.		Carl-Ludwig-Bahn		614.— 616 —		etc. in 33 J. rück. zu 5 pCt. in 8. B. 88 60 88 90	
zu 5 pCt.		Donau-Dampfschiff. Gesellsch.		258.— 259.—		Rationalis. zu 5 pCt. 8. B. 92 60 92 80	
zu 5 pCt.		Elisabeth-Westbahn		216.— 216 50		Ung. Seb.-Cred.-Anst. zu 5 1/2 pCt. 89 75 90.—	
zu 5 pCt.		Elisabeth-Westbahn (Linz-Bud-		2245.— 2255.—		G. Prioritätsobligationen.	
zu 5 pCt.		weiser Strecke)		101 40 101 70		Allg.-Westb. in C. verz. (l. Emis.) Geld Waare	
zu 5 pCt.		Kerbinand-Nordbahn		105.— 105 50		Herbinands-Nordb. in Cth. verz. 103 90 104 10	
zu 5 pCt.		Kraufsch-Bahn		101 35 101 50		Franz-Josephs-Bahn 101 40 101 70	
zu 5 pCt.						Karl-Ludw. B. i. C. verz. l. Em. 105.— 105 50	
zu 5 pCt.						östrerr. Kerbinand-Nordb. 101 35 101 50	
zu 5 pCt.						H. Privatlose (per Stück).	
zu 5 pCt.						Creditanstalt f. Handel u. Gew. Geld Waare	
zu 5 pCt.						zu 100 fl. 8. B. 191 50 192 —	
zu 5 pCt.						Rudolfs-Erfüllung zu 10 fl. 14 75 15 25	
zu 5 pCt.						Wechsel (3 Mon.) Geld Waare	
zu 5 pCt.						Augsburg für 100 fl. Südb. B. 93 75 94.—	
zu 5 pCt.						Frankfurt a. M. 100 fl. detto 94 — 94.—	
zu 5 pCt.						Hamburg, für 100 Mark Banco 82 25 82 25	
zu 5 pCt.						London, für 10 Pfund Sterling 111 90 112 —	
zu 5 pCt.						Paris, für 100 Francs 43 75 43 75	
zu 5 pCt.						H. Grundentlastungs-Obligationen, Pre-	
zu 5 pCt.						schatung: 85 75 Geld 86 Waare.	